

Die „Volkswoche“ erscheint wöchentlich 6 Mal
 und ist durch die
 Redaktion, neue Grämerstr. 8/8,
 und durch Postorten zu bestreben.
 Preis vierzehnzig Pf. 2.50,-
 pro Woche 20 Pf.
 Durch die Post bezogen Pf. 2.50,-
 bei uns Haus Pf. 2.50,-
 wo keine Post am Orte Pf. 3.50,-

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Gesektor
Redaktion 3141.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Subskriptionspreise: 1. Vorjahr
 für das einzelne Exemplar 80 Pf.
 Auswärtiges Interessat 80 Pf.
 Einzelzettel unter Verz. 1 M.
 Abonnement für Arbeitsschule 15 Pf.
 Einzelzettel 25 Pf.
 Verein- u. Versammlungs-Anzeigen
 Abonnement für die einzelne Nummer
 müssen bis Vormittag über 10 Uhr bei der
 Expedition abgegeben werden.

Gesektor
Expedition 1206.

Nr. 130.

Breslau, Montag, den 8. Juni 1914.

25. Jahrgang.

Volkschullehrer und Arbeiter.

Drei Gegenstände von recht verschiedener Art haben die deutschen Volkschullehrer auf ihrer soeben beendeten Haupttagung in Kiel erörtert: die nationale Einheitschule, die pädagogische Wissenschaft und die Gesinnung einer Verdauungslösung der Schularbeit. Über durch alle drei Erörterungen, durch die Referate, wie durch die Diskussionen, zog sich wie ein roter Faden die sichtbare Sehnsucht des Lehrers nach einer Erhebung ihres Standes und seiner Art.

In dieser Sehnsucht äußert sich ein gesunder proletarisches Instinkt, in dem zugleich ein Stück Wesensverwandtschaft der deutschen Volkschullehrer mit den deutschen Arbeitern zum Ausdruck gelangt. Beide sind Jahrhunderte lang unterteilt worden, beide sind von den Mächtigkeiten dieser Unzeit seit über die Alterseltern angesehen worden, beide haben mit zäher Energie um ihre Anerkennung gekämpft, beide müssen sich noch Tag für Tag ihrer zahlreichen Feinde erwehren.

Doch nein! In dem letzten Punkte ist schon eine Gleichheit nicht mehr zu erkennen, wie sie in manchen anderen Dingen von vornherein nicht vorhanden gewesen ist. Die Lehrer sind nicht, wie die Arbeiter, durch die wirtschaftliche Entwicklung in knapper Zeitspanne aufgerüttelt und zusammengezweckt worden. Die Lehrer waren als Einzelne verstreut über das ganze Land und die demütige Abhängigkeit des einzelnen Schulmeisterlein von dem großen „Herrn“ hinderte lange die Koalition. Als sie aber endlich nach vielen Mühen zustande gekommen war, fehlte ihr der richtige Geist. Das trockne Klassenbewusstsein der modernen Arbeiter haben die deutschen Volkschullehrer bis heute noch nicht empfunden. Dazu fühlten sie sich immer zu sehr als „Beamte“, die schwer an der Verantwortung für das Ganze zu tragen und deshalb stets die eigene Überzeugung den Staatsnotwendigkeiten zum Opfer zu bringen hatten. Die tapfere und soziologisch einzige richtige Doktrin der Arbeiterklasse, daß dieser „Staat“ keineswegs ein über den Parteien, Ständen und Klassen stehendes und alle mit gleicher Liebe umfassendes ideales Wohnhaus ist, sondern nichts anderes als eine Trutzburg der jeweils herrschenden Klasse zur Unterdrückung der anderen, eine Doctrin, die allein den Unterdrückten die Möglichkeit eines rücksichtslosen und befreidenden Kampfes bietet, sie ist den deutschen Volkschullehrern bis zur Stunde fremd und bedingt geboten. Sie sehen darin vielmehr etwas Schlimmes, Ungeheuerliches, etwas, das sich mit dem „Dienstleid“ nicht verträgt. So lange aber die Lehrer freiwillig solche Gefühle tragen, werden sie trotz aller tapferen Worte die Sache ihrer inneren und äußeren Befreiung wenig fördern.

Gewiß sind die Lehrer allmählich ein gutes Stück vorwärts gekommen. In vielen Dingen sogar viel weiter als die Arbeiter! Auf den wichtigsten Arbeiterkongressen sucht man vergeblich nach dem Vertreter einer Behörde. Nur der Schuhmann thront irgendwo oben, damit dem Staat kein Schaden geschieht. Bei den Lehrerkongressen aber wächst von Jahr zu Jahr die Zahl und die Feierlichkeit der Behörden, die zur Begrüßung der deutschen Volkschullehrer erscheinen. Kultusminister, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Bürgermeister, diesesmal sogar Admiräle. Gerade der schlaue Tirpitz, der für seine Marine aus allen Blüten Honig zu saugen sucht, hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, den Lehrern den Aufenthalt in Kiel und bei seiner Marine so angenehm als möglich zu gestalten. Er weiß warum! Die Früchte seiner großzüglichen Politik wird er gelassen abwarten.

Aber gerade da, wo die Lehrer den Arbeitern scheinhörig weit voraus sind, haben sie es auf Kosten ihrer eigenen Kraft und auf Kosten ihrer idealen Ziele getan. Diese scheinkrake Stärke der Lehrer ist in Wirklichkeit ihre Schwäche. Was die Volkschullehrer fordern, wonach die leidenschaftliche Sehnsucht ihrer Besten immer wieder sturzhaft verlangt, das ist nie und nimmer in Güte und Liebe von den herrschenden Klassen zu erreichen. Wenn die Lehrer sich auf ernste und zeitgemäße Reformen einigen, wenn sie sich zu den freiheitlichen und sozialistischen Schulforderungen Comenius' und Pestalozzi's bekennen, wenn sie sich um die flatternde Sturmahne der demokratischen Schulpolitik Lesterwags scheren, so werden sie sehr bald erkennen, daß außer einigen Idealisten aus dem bürgerlichen Lager nur noch die kämpfende Arbeiterklasse hinter ihnen steht. Nicht der Lehrer wegen, auch nicht aus irgendwelcher übel umgebrachten Sentimentalität heraus, sondern weil jeder wirkliche Fortschritt der Schule zunächst und unmittelbar nur der Arbeiterklasse zugute kommt, und weil wiederum die Arbeiterklasse allein, sowohl um ihrer selbst, als auch um ihren hohen gesellschaftlichen Nutzen willen, das starke Interesse an jeder wissenschaftlichen Schulfreform hat. Dabei beschreibt sie sich nicht nur auf die Verbesserung dieses Interesses, sondern sie schreitet zu entschiedenerem Tat, wo immer sich nur die Gelegenheit bietet. Umso mehr aber benötigen alle bürgerlichen Parteien in den Strogen der Schulfreunde; selbst die liberalen

Parteien bequemen sich immer erst dann zu bescheidenem Weitergehen, wenn sie der Druck der hinter ihnen stehenden und drängenden Arbeiter dazu zwingt.

Wenn also die Lehrer die „gute Gesinnung“ und die Hoffnungslosigkeit über die Kampfesbereitschaft stellen sollten, so wird die Verdauungslösung all der schönen Forderungen, die sie in ihren Resolutionen formulieren, in immer weitere Ferne gerückt.

Die Kieler Tagung läßt erkennen, daß noch immer die zwei Seelen in der Brust der deutschen Volkschullehrerschaft miteinander ringen. Die vorsichtige Leitung will oben nicht anstoßen und gibt sich Mühe, das Schiff der Verhandlungen um gefährliche Slippen herumzusteuern. Aus der Mitte der Versammlung heraus aber und in den Reden erscheint es zeitweise recht resolut, angriffslustig und aufkunftsreich. Der Rede ist es nicht gelungen, über die nationale Einheitschule können wir gewiß nicht in allen Punkten zustimmen — es fehlt dem liberalen Reichstagabgeordneten für München doch noch manches zum Sozialisten, aber alles in allem war sie doch ein offenes und freudiges Bekennen zur einheitlichen Schulorganisation, die alle Kinder des Volkes einschließt, und die notwendige und nötige Differenzierung nur von Vergabe und Neigung, nicht vom Geldbeutel des Vaters abhängig macht. Die Kieler Lehrerversammlung hat sich einstimmig zu diesen Ausschreibungen bekannt und ist damit erfreulicherweise ein gutes Stück über frühere Beschlüsse, die bei der so genannten allgemeinen „Volkschule“ stehen blieben, hinausgegangen.

Der energische Wunsch der Lehrer, die Pädagogik als vollständige Wissenschaft anerkannt zu sehen und sie in den Mittelpunkt der Lehrerbildung zu stellen, findet gleichfalls unsere volle Billigung, und ebenso unterstützen wir grundsätzlich das starke Bestreben, die Schularbeit vor Verantwortung zu schützen, wenn wir auch wieder den Referenten, noch den Diskussionsredner in allen Einzelheiten zustimmen können. Hier gab es manche Unklarheit über das, was unter Rechtmäßigkeit und Innerlichkeit zu verstehen ist. Innerlich ist ergriff hier auch der unermüdliche Kämpfer der Kinderarbeit, Lehrer Konrad Nagel aus Neukölln, das Wort. Der Gedanken ist der Zeitgeist müsse eine Menschenfunktion entgegengestellt werden. Man solle die Lehrer vor allen äußerlichen Sichtungen, die nichts mit dem eigentlichen Unterricht zu tun haben, bewahren, aber wir müssen aussprechen, daß die soziale Arbeit, auch wenn sie mit Störungen verbündet ist, keine Gefahr für unsere Schularbeit darstellt. Soziale Nöte belämpfen und Gutes tun, ist nicht eine Verdauungslösung, sondern eine Verbesserung unserer Schularbeit. Wir verlangen, daß aller Kleinkram uns abgenommen werde, aber wir wollen uns unsere sozialen Pflichten niemals verklären lassen.

Das beste Wort sagte hierzu der Hamburger Lehrer Köster, der für die Schularbeit zwar die Autorität anerkennt will, aber nur die Autorität des besseren Könnens, der größeren Erfahrung und des größeren Wissens; die hergebrachten Autoritäten, die „sich auf Gewalt und Macht stützen“, und die heute gerade am meisten zur Verdauungslösung der Schularbeit beitragen, schob Köster mit kräftiger Armbewegung aus dem Wege.

Es wäre zu wünschen, daß die deutschen Volkschullehrer nicht nur in vereinzelten Personen und gelegentlichen Redewendungen, sondern als machtbolle Berufsorganisation, der 130.000 Lehrer und damit fast alle Lehrer Deutschlands angehören, bald die Kraft gewinnen, im frischen und fröhlichen, aber auch im harten und unangiebigen Kampfe allen schadenhaften Autoritäten, die „sich auf Gewalt und Macht stützen“, Schulter an Schulter mit der kämpfenden Arbeiterklasse zu Leibe zu rücken. Darauf würden die Lehrer sich selbst, der Schule und der Gesellschaft die besten Dienste leisten!

Die politische Gesinnung der Lehrer.

Zu einem bemerkenswerten Zwischenfall kam es auf dem Lehrertag in Kiel bei der Debatte über die Frage: Pädagogische Wissenschaft und Lehrerverein. Schulrat Scherzer aus Offenbach erhob die Klage, daß bei der Befragung von Lehrerstellen viel zu viel nach der Konfession, nach der politischen Gesinnung und nach der kirchlichen Stellung gefragt werde. (Sittlichkeitserklärung.) Das ist eine Geringfügigkeit des Lehrertandes, gegen die wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. (Lehrerstand.) Lediglich die wissenschaftliche Fähigkeit darf dafür ausschlaggebend sein, daß man eine höhere Stellung bekommt. Der heutige Zustand bedroht geradezu den Lehrerstand an Autorität und Bildung. (Lehrerstand.)

Der Vorsitzende Köhl entgegnete darauf, er habe die Empfindung, als ob der Vorsitzende mehr aus seinen Jugendertümern heraus gesprochen hätte, doch sind er bei der Versammlung stürmischen Widerspruch, und es seien Rufe: Es ist heute noch schlimmer! Seminardirektor Schäfer aus Eichstädt, der Referent zu diesem Thema, meinte, die Verhältnisse seien etwas besser geworden, doch auch diese Feststellung, die anerkennt, daß einmal Konfession, politische Gesinnung und kirchliche Stellung bei der Befragung von Stellen ausschlaggebend seien, und bei der Versammlung Widerspruch.

Politische Übersicht.

Titelblätter ohne Ende.

Nach den bisherigen Mitteilungen der Presse konnte es scheinen, als ob nur solche titelhafte „Bürger“ mit Angeboten vom „Vermüller“ heimgesucht würden, die auf Interesse hin selbst die erste Hand zu dem Geschäft boten. Ein weiterer Briefwechsel, der uns zugeht, zeigt jedoch, daß die rührigen Schächerer aus Kattowitz, Adelsdorf heraus sich ihre Opfer heraussuchten und ihnen dann die verlockenden Aussichten eröffneten. In einem solchen Scheiben heißt es:

Magdeburg, 15. Januar 1914.

An Herrn in Breslau.
Mit Gegenwärtigem erlaube ich mir die Anfrage, ob Sie geneigt sind, den Hoffleitern Titel zu erwerben. Mit der Bitte um strenge Discretion erwarte ich Ihre Rückäußerung, damit ich Ihnen Näheres mitteilen kann. In Ihrem Schreiben bitte ich um ehrwürdliche Versicherung, zu niemand davon zu sprechen.

Hochachtungsvoll
Düsslinger-Magdeburg.

Nachdem die Anfrage nach den näheren Bedingungen erfolgt war, ging folgender Brief ein:

Privat.

Magdeburg, 28. Januar 1914.

Herrn in Breslau.

Ihre Antwort gelangte in meinen Besitz und behandle ich die Angelegenheit als rein persönlich und privat, auch für den Fall, daß unsere Verhandlungen erfolglos bleiben sollten. Auch hierüber bitte ich Ihre Bestätigung und Einverständnis.

Unbedingte Voraussetzung sind: Tadellose Vermögens- und Verhältnisse. In diesem Falle würde ich zur persönlichen Begegnung nach dort kommen. Die Durchführung der Angelegenheit erfordert ca. 2300 Mark und kleine Belohnung und zwar nur im Falle des Erfolges. Prima Referenzen über korrekt durchgeführte Angelegenheiten kann ich Ihnen bei persönlicher Besprechung vorlegen.

Hochachtungsvoll

Düsslinger-Magdeburg.

Die Sache sollte also verhältnismäßig billig sein, immerhin war sie dem vorliegenden Bewerber zu teuer. Daß aber das Geschäft großartig in Schwung ist, beweist die Renomme mit den „prima Referenzen über korrekt durchgeführte Angelegenheiten“.

Uebrigens ergählt zum Titel- und Ordenshandel die „Militär-Pol. Korrespondenz“, der Kaiser habe sich überaus scharf darüber ausgesprochen, daß

„in Preußen anscheinlich auch nur ganz teilweise wahre Unterstellungen von der Art der Ueblicheischen „Vorwärts“-Kampagne gemacht werden könnten. Der im Fall Ludwig nachgewiesene Versuch der Titelbeschaffung und behördlicher Belehrung auf Umwegen ist als etwas der amtlichen Wartezimmer zu bezeichnen.“ Alle der Kunde künftig vorzuschlagenden Gnadenbeweise sollen in jedem, irgendwie zu Zwecken Anlaß gebenden Fall nochmals in der letzten Chroninstanz genau auf die volle Eintrandsfreiheit ihres Anlasses geprüft werden.“

Allerdings ist man an den maßgebenden Stellen davon überzeugt, daß eine solche Nachprüfung nur ganz vereinzelt angebracht sein wird und kaum jemals gerechtsame Belehrungen ergeben kann. Der Schlussfolg hebt die Widersäge wieder auf.

Wo wird das denn Politik sein?

Über die erste öffentliche Tagung des Jungdeutschland-Bundes läßt sich mit großer Zufriedenheit der Generalleutnant g. D. Lüdemann hören, einer der Hauptrichter des Deutschen Wehrvereins. Seine „Eindrücke“ saß der kriegsbegeisterte Herr wie folgt zusammen:

„Das Wertvollste aber bleibt von sämtlichen Eindrücken, die wir gewonnen haben und noch gewinnen können, daß öffentliche Bekennung des Jungdeutschland-Bundes zur Motivierung des Kampfes gegen die Parteien des Unsturzes und gegen die Befechter eines unfreien, weltlichen Weltbürgertums. Die innere Richtung der Bundesleitung ist ganz gewiß nie eine andere gewesen, kann ja gar keine andere gewesen sein! Aber daß sie nun für alle, die ausseramt und richtig verstecken wollen, öffentlich läuft, ist das hohe Verdienst dieser Tagung und muß allen Patrioten und richtig versteckten zur Mahnung dienen. Wie eine Truppe sich nur dann zweck und zielfreudig durch das Gelände vorbewegt, wenn ihre Front scharf und bestimmt festgelegt ist, so kann auch die deutsche Jugendbewegung nur dann ihr herrliches Ziel mit Sicherheit erreichen, wenn ihre Front für jeden klar erkennbar ist. Nun scheinen mir Widersprüche, wie sie ja vorgekommen sind, nicht mehr möglich zu sein.“

Und weiter heißt es:

„Die deutsche Jugendbewegung muß einen durchaus nationalen Charakter tragen und sich dauernd bewahren; denn nicht zu Weltbürgern, sondern zu deutschen Männern und Frauen soll unsere Jugend erzogen werden. Neben Erziehung und Gesunderhaltung des Körpers muß die Pflege eines gesunden und kräftigen Volkstheimes der Hauptziel unserer Bewegung sein, und dieser Geist muß auf der Grundlage der Gottesfürcht, der Patriotisierung und der moralischen Erziehung. Geist und Gebräuche entwickelt werden. Er verträgt sich nicht mit der Anschauung, daß der Krieg in jedem Falle zu verabscheuen sei! Denn der Krieg allein könnte unserem Volk die Einigung bringen und ihm unter den Händen des Erbfeindes eine angemessene Stellung verschaffen. Krieg ist ein Werk, das nicht nur die Verteidigung der Vaterlandsgemeinschaft herstellen kann, sondern auch die Verteidigung der Vaterlandsgemeinschaft gegen die Geiste in der deutschen Jugend zu pflegen; nicht Eindring-

Der Kampf bei Linke-Hofmann geht weiter.
In sechs Versammlungen haben sich heut vormittag die Mitglieder der Linke-Hofmann-Werke eingehend mit dieser Beschäftigung, ob der Kampf weitergeführt werden soll, beschäftigt. Die heimliche Abstimmung hat folgendes Ergebnis: 3482 ausgeserte stimmen gegen die Aufnahme der Arbeit, 3 für die Aufnahme und 1 abteil waren unbeschrieben. Der Kampf, der schon zwanzig Wochen dauert, wird also einmälig fortgesetzt.

Auch ein Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Nicht mit Unrecht wird das „Preßgesetz“ von den bedeutendsten Publizisten und auch von namhaften Juristen als ein Gesetz zur Nebelung der Presse angesehen. Das zeigt sich unter anderem auch bei dem § 11, der bestimmt, daß „Beschuldigte“ schlankweg berichtigt sind, Verichtigungen einzusenden, und der Redakteur verpflichtet ist, diese „Verichtigungen“ selbst dann abzudrucken, wenn er weiß, daß die Verichtigung unwahr ist. In dem Gesetz herrscht ein mit dem modernen Zeitungsweisen unvereinbarer Formalismus, ein wahres Stacheldrahtgeflecht für den Redakteur. Wenn irgend so ist hier das Goethische Wort „Vernunft wird Unsan, Wohlstat Plage“, am Platze.

Am 28. April d. J. brachten wir in einem Artikel „Wer ist eigentlich die Nachschlag, daß allein zum April in Schlesien fünf konservative Sekretäre und Redakteure fallen“ gestellt worden sind. In der Nachricht, daß die Herren nicht mehr im Amt sind, sonst nur auch Herr Goitsch nicht rückt, aber — da fällt Herr Goitsch ein, daß drei der Herren selbst angekündigt haben — Minister kommen ja wohl auch, wenn sie nicht mehr genug sind, ganz „von selbst“ um ihren Abschied ein — und die anderen beiden waren nur „probeweise“ beschäftigt. Das ist sich Herr Goitsch nicht die anderen Herren zu „berichtigten“, ist es vorwurf? Da Herr Goitsch während schon einmal bei einer früheren Gelegenheit eine methwürdige Ansprache vom Preßgesetz befürwortete, lehnten wir sie in der Form ab, sagten aber den Sinn der Goitschischen „Berichtigung“ in einer Notiz zusammen, die genauso gesehne lagte.

Wenn es Herrn Goitsch nun wirklich bloss darum zu tun war, daß die „Wahrheit“, — das ist: keine Anschauung von den Dingen — zu Kenntnis der Presse kam, so konnte er sich davon genügen lassen — und daß unsere Widergabe keinen anderen Sinn hatte, mußte selbst Herr Goitsch zugeben. Aber seine „Berichtigung“ war von uns in eine andere Form gebracht worden, und dieser lächerlich nebenläufige Überschlag mußte herhalten, damit Herr Goitsch vor dem hiesigen Schöffenrichter am Sonnabend in einem etwas komisch anmutenden Pathos erklärte: Er wolle die Unwahrschaffigkeit der Sozialdemokratie an den Pranger stellen.

Genoss Förster, als der angeklagte „Verantwortliche“ der Polizeiwacht, wies u. a. auf eine hier in Breslau in einem ähnlichen Falle gefallene Entscheidung hin, wo das Gericht aussprach: daß das Preßgesetz so voller, den Redakteur einengender Formulatoren sei, daß man auf der anderen Seite fordern müsse, daß in den wenigen Fällen, wo das Gesetz dem Redakteur einen geringen Schutz giebt, alle Formalitäten ebenfalls aufs genaueste zu erfüllen seien. Genoss Förster meinte, ebenfalls wie man für einen anderen einen Vertrag abschließen kann, so wenig könne man für einen anderen „berichtigten“. Im weiteren sei es im Interesse des Journalismus zu bedauern, daß eine derartige Denunziation zu weiteren Einwendungen der bestehenden Pressefreiheit“ von einem Mitglied der Presse ausgehe.

Herr Goitsch entgegnete hierauf, daß ihm als Chefredakteur eine gewisse Aufsicht auch über die Parteidirektion zustehe, die ja auch überdies zur Mitarbeit verpflichtet wären und dann glaube er auch als bloßes Mitglied der konservativen Partei zur Berichtigung das Recht zu haben(!). Er hätte sich vielleicht ja auch mit der Berichtigung in der von der Polizeiwacht gebrachten Presse — die ja das wesentliche enthält — begnügt und von einer Anzeige abgesehen, wenn er nicht endlich einmal die empörende Art zur Sprache bringen wollte, wie die Polizeiwacht an die Berichtigungen immer noch Bemerkungen knüpfe.

Hier gibt Genosse Förster dem Herrn Chefredakteur den Rat, sich doch einmal das Preßgesetz und seine Kommentare etwas genauer anzusehen. Sebst das Gesetz lasse solche Ausmerkungen (worin der Redakteur selbst seine erste Meinung aufrecht erhalten könnte) zu und hier kommt der Leiter einer Zeitung her und greift über diese Meinung hinweg; das sei dem Runde eines Zeitungsmannes einfach unerhört!

Herr Goitsch bemerkte hierzu etwas betreten, daß er diese Bestimmung wohl kenne.

Der Amisantritt Herr Dr. Böhl geht in der Vergründung seines Antrages auf 30 Mark Geldstrafe logar hervor, daß er jedem Mitglied der konservativen Partei das Berichtigungsrecht zuerteilen will, wenn über diese Partei etwas behauptet wird, was geeignet wäre sie herauszulegen. (Dürfen das dann Sozialdemokraten auch? — —) Genosse Förster führt hierzu des näheren aus, wie dann jeder vernünftige Zeitungsbetrieb einfach aus hören müsse. Im übrigen beantragte er Freiprechung.

Nach sehr langer Beratung verlornt das Gericht: daß Herr Goitsch, wenn auch nicht als konservativer Parteidirektor, so doch, weil er, wenn auch in einem anderen Zusammenhange in dem Artikel mit erwähnt sei, berechtigt war, die Berichtigung loszulassen. Und hätte er schon berichtigten wollen, so hätte er es nicht anders gekonnt wie geschehen. Wenn in dem vom Angeklagten angeführten Falle anders entschieden worden wäre, so lag damals die Sache anders.

Bei der Strafabschaffung mußte in Betracht gezogen werden, daß ja die „Polizeiwacht“ die Berichtigung dem Sinne nach gebracht habe; aber da das Gesetz sich hier streng an die schärfer Form holt, muß sie, trotzdem sie gebracht — ob nicht gebracht gelten. Immerhin muß das Bringen in veränderter Form als Missverstand geltend gemacht werden, deshalb habe das Gericht auf die Hälfte des beantragten Strafmales, also 15 Mark Geldstrafe und Publizierung der Originalberichtigung erkannt.

Endlich kam also Herr Goitsch den so lange ersehnten „Sieg“ über die Sozialdemokratie seinen Gönner vor die Füße legen. Er ist zwar recht mager ausgesehen (zudem werden wir gegen dieses Urteil Berufung einlegen) und mancher Berufssollege wird sagen, daß der Zeitungswan Goitsch dabei sehr schlecht abgeschauten hat. Begegn einer armeligen formalen Überreitung mußte er einen Verpfändungen der Staatsanwaltschaft anzeigen (1) um dann den Kampf für „Wahrheit“ zu machen. Nun lebt noch seinem Geschmack. Wir und mit uns auch so mancher seiner bürgerlichen Zellen wird Herrn Goitsch nicht um diesen Sieg bescheiden.

Welche Macht hat der Einkaufskorb der Hausfrauen?
Diese Frage wirkt in einem beachtenswerten Artikel die „Frankfurter Volksstimme“ auf. Der Wert der hauswirtschaftlichen Arbeit sei wegen der Umgestaltung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse in dem letzten Jahrzehnt immer unterschätzt worden. Trotz der zunehmenden Erwerbsarbeit der Frau habe die Tätigkeit als Hausfrau nicht aufgehört; die hauswirtschaftliche Arbeit habe noch, immer große wirtschaftliche Werte zu schaffen. Es sei nichts verschlechtert, als die Gering schätzung dieser wirtschaftlich so notwendigen Tätigkeit.

„Der Haushalt ist, wie jeder Kleinbetrieb, eine Stätte, wo man Rohmaterialien in Gebrauchsgegenstände verwandelt und wo man natürlich versuchen muß, möglichst billig zu produzieren. Weil der Haushalt aber eine Stätte der Produktion ist, deshalb spielt er auf dem Warenmarkt eine so grobe Rolle, wenn auch die Produktion, die Lebenskraft und Arbeitskraft, die hier erzeugt wird, nicht als Ware gewertet wird, trotzdem sie Ware ist und in der kapitalistischen Gesellschaft sein muß.“

Wenn wir die Wichtigkeit der hauswirtschaftlichen Produktion ganz erfaßt haben, dann sehen wir schon, daß in ihr eine Macht liegt, die nur leider die Trägerinnen dieser Produktion, die Hausfrauen, noch immer nicht voll zu werten wissen.“

Deshalb kaufe die Hausfrau heute ein, ohne zu denken, daß sie doch mit dem Einkaufskorb eine Waffe besiegt, deren sie sich nur zu bedienen braucht, um manche Wünsche ohne weiteres erfüllen zu können.

„Wenn die Käufer wollen, dann muß ein Teil des Gewinns vom Warenumfang ihnen zufallen, dann müssen die Waren, die sie herstellen, doch in gesunden und moderaten Arbeitsträumen bei menschenwürdigen Löhnen und kurzer Arbeitszeit erzeugt werden, dann müßten Regierung und Parlament den Wünschen der laufenden Bevölkerung Rechnung tragen.“

Ungenügt liegt die Macht des Einkaufskorbes in den Händen der Frauen, ungenügt liefern sie sie den größten Feinden der Konsumtanten aus, den Verkündern, seien das nun Spezereihändler, Fabrikanten oder Großhändler.

Der Käufer kann der Herr sein, wenn er es will; aber er will es meist nicht, nur weil er den Wert dieser Macht nicht einsieht.“

Diese Wahrheiten mögen Beachtung finden. Dem Einkaufskorb der Frau wohnt tatsächlich eine Macht inne, die ostmals brach liegt und förmlich nach Nutzung ruft.

Eine Organisation, die es sich zur Aufgabe macht, den Warenhandel und auch die Warenherstellung auf eine bessere, gesundere Grundlage zu stellen, besteht hier im Konsum- und Sparverein „Vorwärts“. Es wäre deshalb nur zu wünschen, daß alle Frauen ihre Waren im „Vorwärts“ kaufen. Nur dann werden sie die Macht des Einkaufskorbes zu ihrem Vorteil reich ausüben.“

26. Freidenkerkongress.

Am Sonnabend wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Eine rege Aussprache entschärfte der von Hamburg gestellte Antrag, den „Freidenker“ mit der „Gesetzesfreiheit“ zu verschmelzen. Dr. Bruno Wille und die anderen Redner waren sich darüber einig, daß die Kirchenaustrittsvereine einen immer größeren Umsatz annehmen werde. Die Aussache der Freidenkerorganisationen müsse es sein, die Ausschreiten zu sammeln, damit das Sektenleben nicht ins Kraut schreke. Allein durch den innigen Zusammenhang des Freidenkeriums mit dem religiösen Leben werde es möglich sein, alles das zu geben, was Gemüt und Berstand in gleicher Weise befriedige. Der Hamburger Antrag wurde angenommen. Die Verhandlungen in dieser Angelegenheit soll der geschäftsführende Ausschuß übernehmen. Der Geschäftsführer Schmahl aus München berichtete noch einiges über seine Werbereisen. In der Schweiz und zwar in Zürich, wäre er einmal von fanatischen Katholiken fast tödlich angegriffen worden, wenn ihn nicht einige Geistliche davor geschützt hätten. Nach Erörterung einiger Verwaltungsangelegenheiten schloß der Bundesvorsitzende Schirn den gut verlaufenen Kongress.

* Frühe und kalt waren die letzten Tage und der geistige Sonntag. Ein und wieder schien es so, als wollte die Sonne das starke Gewölk durchbrechen; doch es kam nicht dazu. Das Zählen wörmerten Wetter berichtet auch der wöchentliche Saatenlandsbericht der Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsrats. An dem Stande der Helder hat sich danach in der letzten Woche nicht viel geändert.

Böhl wird von vielen Berichterstattungen, namentlich aus den östlichen Gebieten, erzählt, daß sich die Niederschläge als möglich erwiesen haben; aber andererseits wurde das Wachstum durch das starke Wetter zurückgehalten, sodass die Entwicklung in der letzten Woche meist nur wenig oder keine Fortschritte gemacht hat.

Was den Wetter anlangt, so ist sein Stand, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, durchaus befriedigend. Er bedarf nur, wie alle anderen Gewächse, warmer und trockener Witterung. Über Rosbildung wird zwar vielfach berichtet, doch knüpfen sich daran zunächst keine ernsteren Gefahren.

Der Roggengriff infolge mangelhafter Pflanzung zum großen Teil kann geboten; er steht jetzt überall in der Blüte, für die das starke und regnerische Wetter in der Berichtswoche wenig vorteilhaft war. Die Sommerfrüchte zeigen im allgemeinen einen befriedigenden Stand, sind aber in der letzten Woche wenig vortrefflich gekommen. Das Unwetter nimmt sehr überhand, zumal seine Bekämpfung durch die andauernde Kälte erschwert wird.

Auch das Wachstum der Früchte wird durch die starke Witterung wieder zurückgehalten; doch besteht im allgemeinen Aussicht auf befriedigende Erträge. Die Blüten haben sich nicht nach Wunsch entwidelt, und da das Untergras zurückgeblieben ist, so wird die Heuernte steilenweise wenig befriedigen. Die Saatfrüchte haben mangels Wärme wenig Fortschritte gemacht, auch sind die Ackerarbeiten durch starke Regen verzögert worden; trotzdem lautet die Berichte über die Kälte derzeit nicht günstig. Die Kartoffeln sind überall gut aufgegangen.“

• **Gefangen von Neubaustreichen.** Die Königliche Eisenbahndirektion Breslau gibt bekannt: Am 16. Juni 1914 wird auf den bisherigen Eisenbahnstrecken Stiegau-Jauer-Rohrstock-Merzbach der Eisenbahnbetrieb aufgenommen. Gleichtzeitig werden zwischen Stanowitz und Stiegau-Stiebitz, zwischen Thomasdorf und Merzbach und zwischen Landeshut und Merzbach neue Verbindungsstrecken in Betrieb genommen. Neue Stationen liegen an diesen Neubaustrecken nicht. Über die

einzelnden Tarifänderungen gibt das Verkehrs-Büro Auskunft.

* **Madrassen in Grüneiche.** Mit betrübtem Herzen verließ gestern diejenigen die Madrenbahn in Grüneiche, die Hoffnung auf den Sieg des Breslauer Fahrers Thomas gesetzt hatten. Thomas entdeckte die Breslauer Lokalpiloten ebenso sehr, als andere, die mit dem Sieg Stellbrins oder des französischen Miquel rechneten. Unbestrittener Sieger blieb im 10-Meter-Rekordfahren als solle auch im Großen Preis über eine Stunde hinter Motoren der Breslauer Linart. Den neuen Rekord über 10 Kilometer auf Grund verschärften Vorrichtungen bei den Schrittmachern, wonach jede Windsturm an den Motoren wegbleiben müßt und von den Bremsern enganliegende Kleidung gefordert wird, stellte Linart mit 20 Minuten auf. Im Stundenfahren hinter Motoren lag Linart 79.550 Meter zurück. Zweitester wurde Stellbrin mit 5950 Meter, Dritter Thomas-Breslau mit 717 Meter, vierter Miquel-Frankfurt mit 11.800 Meter im Rückstand gegen Linart. Das Hauptfahren über 5 Minuten, offen für Berufsfahrer, holte sich nach 4 Vor-, 2 Zwischen- und 1 Endlauf als 1. R. Hoffmann - Berlin in 8:58.3 Minuten, 2. Schneider - Berlin, 3. Tadebold - Berlin, 4. Kehlbad - Berlin.

Zum Preisenfahren über $\frac{1}{2}$ Stunden startete 20 Fahrer. Preisen erhielten: Buchmann 1, Schaff 1, Rosenberger 2, Neumann 2. — Schlußrunde: 1. Kubala - Berlin, 2. Freimald - Berlin, 3. Stephan - Breslau. — Das Vorpreisfahren über 5 Minuten vereinigte wieder 20 Fahrer. 1. wurde Stephan - Breslau, 2. Düring - Breslau, 3. Hahn - Berlin, 4. Rosenberg - Breslau.

* **Ind Brüderhans statt ins Krankenhaus.** Eine Witwe aus der Weißerbergasse erkrankte am Sonntag in ihrer Wohnung schwer, daß ein Krankenauto bestellt wurde, um sie nachmittags um 2½ Uhr ins Allerheiligste-Hospital zu schaffen. Unterwegs überstieß die Kranke und der Krankenwagen überschlugte sie, so daß sie ins Leichenhaus.

Neueste Nachrichten.
Gehulenes Schiff.

Hamburg, 8. Juni. Uns wird telegraphiert: Am Nach vom Sonntag zum Montag morgens nach 2 Uhr legte sich der an der West von Blom u. Voss liegende große Donner „Viktoria Ulisse“ (früher „Deutschland“) auf die Seite und drohte umzusturzen. Die zu Hilfe gerufene Rettung konnte nichts ausrichten. Die aus dem Schiffe geretteten Passagiere konnten mit großer Anstrengung von einem Fährboot gerettet werden. Ein Assistent wird vermisst, jedoch ist nicht ausgeschlossen, daß er zur Zeit des Unfalls nicht auf dem Schiffe war. Das Schiff sank immer tiefer und jetzt ragen nur noch die Schornsteine und Masten aus dem Wasser herbor.

Noch keine Lösung der Ministerkrise.

Paris, 8. Juni. Die französische Ministerialle befindet sich in einem Stadium des vollständigen Stillstandes. Nachdem Herr Delcassé bereits gestern abend erklärt hatte, er könne aus Gefundheitssüchten nicht sofort ins Elysée kommen und seinen Besuch auf gestern verschoben ins Elysée kommen und seinen Besuch auf gestern verschoben hat, hat er gestern endgültig abgelehnt, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen, und seinem Beispiel schlossen sich auch die Herren Dupuy und Poutral an. Darauf hatte Herr Poincaré eine Konferenz mit dem früheren Ministerpräsidenten Doumergue, in der dieser erklärt, daß seine Ansicht nach nur drei Kombinationen möglich seien, nämlich entweder ein stabilisiert Vibian, Leon Bourgeois oder Ribot. Darauf wurde Herr Ribot ins Elssee berufen und vom Präsidenten mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt. Ribot kommt heute um Bedenken, da er erst mit seinen Freunden besprochen müsse.

Der misshandelte Stierlämpfer.

Bordeaux, 8. Juni. Während eines Stiergefechts in der Nähe von Bordeaux kam es gestern zu stürmischen Zwischenfällen. Einem ungeschickten Stierlämpfer namens Balesque gelang es nicht, den Stier zu töten, trotzdem er ihm schon siebzehn Togenzüge beigebracht hatte. Das Publikum stürzte darauf die Arena und griff den Stierlämpfer tödlich an. Es kam zu einer wilden Prügelei. Polizeibeamte mussten Balesque aus den Händen seiner Angreifer befreien und ihn, da er schwere Verletzungen erlitten hatte, in ein Hospital einsliefern.

Serbische Truppen an der albanischen Grenze.

Belgrad, 8. Juni. Um allen Eventualitäten, welche sich in Albanien ereignen könnten, gewachsen zu sein, werden 20.000 Männer (?) verschiedener Truppengattungen gegen die albanische Grenze vorgesandt.

Acht Kanalisationsarbeiter ins Meer geschwemmt.

Neapel, 8. Juni. Ein furchtbarer Wollensbuch ist über Neapel und Umgebung niedergegangen und hat große Bewußtungen angerichtet. Ungeheure Wassermassen, die durch die Abflussröhren zum Meer drängten, übertrafen dreizehn Arbeiter, die in der Abflussleitung mit Abschlepparbeiten beschäftigt waren. Acht Arbeiter wurden von dem niederschlagenden Wasserschwall ins Meer fortgerissen, wo sie ertranken. Die anderen fünf konnten nach angestrengter Arbeit gerettet werden. Durch ein ähnliches Unglück kamen vor einigen Jahren in Breslau zwei städtische Kanalisationsarbeiter ums Leben.

25.000 griechische Flüchtlinge.

London, 8. Juni. Aus Athen kommt die Meldung, daß in dem kleinasiatischen Küstenort Smyrna um 25.000 griechische (?) Flüchtlinge eintrafen und auf Dampfer warteten, um nach Griechenland überzugehen. Der griechische Boden hat den Auftrag erhalten, einen Widerstand gegen die Ausweisung und Verfolgung der Griechen zu protestieren.

12 Personen bei einem Tornado umgekommen.

New York, 8. Juni. Ein Tornado hat gestern den nördlichen Teil des Staates Iowa heimgesucht. Der Orkan hat Verlusten angerichtet. Der Schaden wird auf eine Million Dollars geschätzt. 12 Personen wurden getötet.

Die Vereinigten Staaten gegen die Blockierung von Tampico.

New York, 8. Juni. Das mexikanische Auswärtige Amt benachrichtigte, wie bekannt, das diplomatische Corps in der Stadt Mexiko, daß die Regierung Huertas den Hafen von Tampico blockieren werde, um Waffenlieferungen für die Rebellen zu verhindern. Die amerikanische Flotte hat nun mehrere Tage erhalten, die Blockade unmöglich zu machen. Die aus Puerto Rico nach Tampico fahrenden mexikanischen Korvettenboote werden von den amerikanischen Schiffen verfolgt. — Die Friedensverhandlungen sind vollständig auf einen totalen Punkt angelangt.

Theater, Konzerte und Vergnügungen. Mitteilungen aus den Direktionsbüros.

* Der Breslauer Hebammen-Verein veranstaltet am 15. Juni im "Frieleberg" ein Wohltätigkeitsfest. Konzert, Verlosung, Feuerwerk und Tanz zum Besten einer alten erwerbsunfähigen Hebammen Breslaus und Schlesien. Der rühmliche Verein hat schon einen recht ansehnlichen Betrag für diesen Zweck, kann aber den vielen Besuchern alter erwerbsunfähiger Hebammen nur teilweise genügen und hofft durch das Fest weitere Mittel zu erhalten. Es schreben in fast langer Zeit in den anständigen Ministerien Erwähnungen, wie Frauen, die ansteckend und pflichten ein Menschenalter und länger ihren Beruf als Hebammen erst haben, im Alter vor bitterer Not zu schwören sind, leider noch ohne jeden Erfolg. Darum versucht der Verein, die traurige Lage der arbeitsunfähigen Hebammen durch die öffentliche Mithilfe zu verbessern. Eintrittskarten sind für 30 Pf. (an der Kasse 60 Pf.) zu haben, auch bei allen Hebammen.

* Schauspielhaus. Die reizende Poche: "Wie einst im Maß" wird auch während der ganzen kommenden Woche wiederholt. Der Villentraum findet täglich von 10—2 Uhr an der Theaterkasse für eine Woche im voraus statt.

Schlesien und Polen.

Weichen D.S., 8. Juni. Der zweite Mädelchenhandlungsprozeß. Der Auswandereragent Lubelski war durch das Urteil des Landgerichts in Weichen D.S., vom 18. Februar 1911, wie bekannt, wegen verdeckten Mädelchenhandels, Skrupel und Vergehens gegen das Auswanderergesetz, sowie wegen Bestechung von Beamten in zwei Fällen zu neun Jahren Haft und 12.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die vom Anklageten gegen dieses Urteil eingefügte Revision hatte Erfolg. Das Urteil der Strafammer gegen Lubelski wurde am 15. Mai 1911, wie bekannt, aufgehoben und die Sache an das Landgericht in Weichen zurückgewiesen. Dort hat jetzt die Staatsanwaltschaft die Sache neu bearbeitet und vorbereitet. Die Sache ist so vorbereitet worden, daß schon der Termin der neuen Verhandlung bestimmt werden konnte. Der Prozeß gegen Lubelski steht jetzt wieder am 26. Juni vor der Strafammer des Landgerichts in Weichen an. Es sind vier Tage für die Verhandlung in Aussicht genommen. Da am 28. Juni Sonntag und am 29. Juni ein katholischer Feiertag ist, wird der Prozeß an diesen beiden Tagen ausgelegt. Als Zeuge ist auch der Agent Goldberg aus Bielsko in Russisch-Polen gefallen. Da gegen den Russen Goldberg ein Strafantrag nicht ausgelöst werden kann, zu erscheinen, ist man gespannt, ob er der Vorladung folgen lassen wird. Rechtsanwalt Dr. Max Alsborg in Berlin, der

die Mehlition Lubelski auch vor dem Reichsgericht in Leipzig begründet hat, wird Lubelski auch vor der Strafammer in Weichen verteidigen.

Görlitz, 8. Juni. Der Strick als Tröster. Seinem Leben durch Erhängen ein Ende machte der Händler Sojda in Rudahammer. Man fand ihn in der Abortanlage erhängt vor. Er hinterließ eine Witwe mit sieben unversornten Kindern. Schlechte Erwerbsverhältnisse waren die Ursache.

Bautzen, 8. Juni. Irrsinniger Knabe ermordet. Am Sonnabend wurde im Vorjahr ein Knabe ermordet aufgefunden und als Täter der Stellvertreter Wissmann aus Görlitz, Vorstadt, ermittelt. Dieser hatte den neun Jahre alten Jungen, der Pilze suchte, an sich gelockt und dann mit einem Brotknäckchen die Klebe durchschossen. Nach einer längeren Beobachtung in der Irrenanstalt ist nun der Täter für irrsinnig erklärt und der Irrenanstalt in Döllsdorf bei Berlin überwiesen worden.

Görlitz, 8. Juni. Den Tod durch Ertrinken fand der Flößer Hövener. Er stürzte bei der Einfahrt in den oberen Schleusenzahl des Stausees 2 (Lindenwerder) ins Wasser und ertrank.

Myslowitz, 8. Juni. Der Alkohol. Ertrunken ist in den Lumpeln der alten Przemja bei Wohlau Bezen, ein galizischer Arbeiter, der in angetrunkenem Zustande baden wollte.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr mittags. Schriftliche Auskunft wird nur aufnahmeweise erteilt.

69 Ch. Es ist richtig alles angekommen und an Genossen L. weiter befördert.

Jauer. Wenn der Lohn jährlich nicht mehr als 1500 Mk. beträgt, kann er wegen Arbatosten nicht geplandet werden; es ist auch nur der Teil plandbar, der 1500 Mk. übersteigt.

6. M. 100. Ja, wenn Sie monatlich die Miete zahlen und über die Kündigung nichts Besonderes verabredet wurde, können Sie nach § 665 des Bürgerlichen Gesetzbuches wähestens am 15. kündigen und am 1. auszehen. 2. Das Bezugsgesellen-Verzeichnis enthält nur Anzeigen der Geschäftsführer. In der Sache wird die Preiskommission demnächst entscheiden.

W. N. Bünzlau, 1. Sie haben wohl Recht; da Sie seit dem Oktober 1913 verheiraten sind, kann Ihnen das Einkommen Ihrer Ehefrau vom 1. Januar bis 1. Oktober 1913 nicht zugerechnet werden. Doch die Steuerbehörde hilft sich in diesem Falle mit dem maßmäßlichen Einkommen, das Ihre Ehefrau in diesem Jahre haben wird, so daß in der Veranlagung nichts geändert werden dürfte. 2. Auch dann, wenn die Versicherungs-

summe bei Geburten ausgezahlt wird, können die Beiträge gezogen werden.

Rathen. Der § 147 der Gesindeordnung sagt, vor Abber Dienstboten den Dienst verlassen, wenn durch Heirat oder auf andere Art zur Ansstellung einer einer Wirtschaft vorteilhafte Gelegenheit erhält, die er durch Dauerung der Dienstzeit verläufen würde. Der § 188 sieht weiter, daß laufende Dienstzeit muss in allen Fällen abgedient werden und bei monatlicher gemieteter Dienstzeit damit einverstanden, daß ein täglicher Erfolg besteht wird.

G. Berlinerstraße. 1. Professor G. Horby in Paris (Frankreich) 49, rue Prexcourt, 2, 140 Ms. 3. Ja.

Veranstaltungen und Vereine.

Montag, den 8. Juni:

Sozialdemokratischer Verein. Abends 8 Uhr: Distrikts-Versammlungen in folgenden Lokalen:

1 (Gärtel)	Friedrichstraße 50a	12 (Schön, Leibl.) Gellhornstraße
2 (Sauerbrunn)	Brandenburgstraße 18	13 (Hirsch) Hirschstraße 6
3 (Gräblich, Vorst.) Lenaustraße 12	14 (Öhler, Vor.) Königsgräberstr.	
3a (Siebensteiner)	15 (Herrwitzsch)	
4 (Ritzaalton)	16 (Strehl, Vor.) Tautenstraße 10	
5 "	16a (Böhme, Vor.) Böhmerstraße 42	
7 "	17 (Schwinn, Vor.) Neidorffstr. 99	
8 (Oeder)	17a (Heubel, Vor.) Neidorffstr. 95	
8a "	18 (Untere Stadt) Leigerberg 7	
9 "	19 (Kuhwald, Vor.) Kuhwaldstraße 26	
10 (Zander)		
11 "		

Tschirn. Dienstag abends 8 Uhr: Frauenabend bei Kneipen Jauer. Dienstag abends 8 Uhr: Kartell-Sitzung "Adler".

Leser! Vorzüge bei Guern Ginkofen unsere Provinzquellen-Verzeichnisse &.

Für wenig Benützte

und Krankenfassen - Behandlung mit schmerzlindenden Mitteln schiefstehender, Wiederbefestigung losender Bänder, Sabotier auch ohne Platte, Platten zu Klinikpreisen.

Neidorffstraße 35, I., 8—10 Lahn-Arzt Kuno Walter

Private Praxis: Zwingerplatz 1, 10—12 und 3—5. Tel. 706.

Erscheint dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsgesellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Ginkofen empfohlen.

Brieg	Hirschereien u. Wurstfabriken. Obig, Heinrich, Pappestr. Gedächtnisstr.	Nähmaschinen. Rathen, Ott., Ming. 25.	Uhren, Gold- u. Silberwaren. Otto, Oskar, Breslauerstraße 81, drit.
Alkoholfreie Getränke. Schödl, Emil (Pilsener Bierbrause).	Tricotagen, Weiss- u. Wollwaren. Bühner, J., Ödlicherstr. 40 (Galanterie).	Woll- und Schnittwaren. Witschke, W., Breitenauerstraße 5.	Kirms, Franz. Kirms, Franz, Glassgesch. Kl. Moch-
Arbeiter-Konfektion. Reumann, M., Oppelnerstr. 25, Ob. Artikel.	Glogau	Trebnitz	Neukirch - Maria-Häfcher
Bäckereien und Konditoreien. Bräutigam, Hermann, Wallstraße 18.	Berufskleidung, Wäsche, Tricotag. Völker, Sob., Münchstr. 12, (Schaffnei).	Bierbrauereien. Trebnitz, Genossensch.-Brauerei T. G. M. b. b.	Restauratore. Müller's Etablissement, Maria-Häfcher.
Bierbrauereien. Geiger, Stadtbrauerei M. G., Bürgerliches Brauhaus, C. G. m. b. s.	Haus- u. Küchengeräte, Spielwaren. Bernstein, Hermann, Langstraße.	Fahrräder, Nähmasch., Grammoph. Fechner, Adolf, Krebs. u. Emailieranstalt.	Stephan, Julius, (direkt am Bahnhof)
Fahrräder und Nähmaschinen. Gärtner, G., Oppelnerstr. 8, Reparatur-Werk.	Herren- und Knaben-Garderobe. Abraham, M., Kreuzkirchstraße 52/53, Kreuzberger, Adolf, Markt 45, Zwoenthal, A., Kreuzkirchstraße 1/2.	Herr-Arb.-Garderob., Manufaktur W. Ettner, Eugen, Langest. 84, Hüte, Bettel.	Oltaschin
Fleischerei u. Wurstfabrik. Dmitroff, Steinb., Reichenstraße 39.	Korbwaren, Kinderwagen, Spielwaren. Radisch, Friedrich, Mühlstr. 5.	Restauratore. Hotel zum Bahnhof (Int. M. Deutscher).	Opperau
Galerie- und Spielwaren. Gebel, H., Mayenstraße 2.	Musikwaren. Handle, H., Märtig., Langstraße 62.	Schuhwaren u. Schuhmacher. Jantsch, August, Langstraße 39a.	Restaurant. Gebler Löwe, (Voh.: Georg Voh.)
Herren- u. Knaben-Garderobe. Ruhnet, Fr., Langest. 11, Arbeitergarten.	Schuhwaren. Leisewitz, Albert, Markt 48/49.	Nähre Umggebung	Oswitz
Wohl, Eugen, Burgstraße, Nr. 27.	Oppelheim, W., Schuhver.-Lag., Mühlstr. 41	Breslaus.	Restaurant. Restaurant "Zur Grätschelbrücke".
Holz- u. Kohlenhandlung. Triller, Carl, Neuhäuserstraße 55.	Gorkau	Cosel.	Venzl, E., Neukirch.
Hüte, Mützen, Pelzwaren. Göppelius, Grafs. Paul., Mühlstr. 14.	Brauereien. Gorkau, Emil, Steinfort.	Bäckerei. Starke, Franz, Cosel Nr. 22.	Wenzl, E., Neukirch.
Kantinen.	Gutschdorf	Kolonial-Waren. Lindner, Max, Cosel.	Wenzl, E., Neukirch.
Gutach, Arth., Ring 30, Bier-Bezugsgeselle.	Bäckereien. Lindner, Max, Gutschdorf.	Ditsch-Lissa-Stabelwitz	Pilsnitz b. Breslau.
Kinematograph. Metzelsdorff, 26a, Berlinerstr. 19.	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Bäckereien. Bittner, Gustav, Groß-Lissa.	Kolosalwaren. Felix Berger, Dokai und Zigarren.
Kunst-, Weiß- und Wollwaren. Görlitzer Waren-Bazar, Mühlstr. 16.	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Fahrräder, Nähmaschinen. Bittner, Gustav, Groß-Lissa.	Rosenthal-Carlowitz
Kübel, Heinrich, Langstraße 35.	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Klose, Friedr., Werkstatt.	Fleischerei und Wurstfabrik. Fritsch, Berthold, Carlowitz 2.
Schuhwaren und Schuhmacher. Görlitzer Schuhfabrik, Mühlstraße 27.	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Gärtner, Gustav, Groß-Lissa.	Gärtner, Gustav, Groß-Lissa.
Uhren und Goldwaren. Görlitz, 8., ger. Würmle, Goldstr. 5.	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Eisen- und Stahlwaren. Lindner, Paul, Breslauerstraße 27, Tel. 88.	Restauratore. Friedrichshain 2, 11000 B. Röhl.
Küchen-Atelier. Kubat, Gustav, Ring 25.	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Fahrräder und Nähmaschinen. Lindner, Paul, Breslauerstraße 27, Tel. 88.	Schottwitz-Friedewalde
Zigaretten, Zigarren, Papierwaren. Görlitzer Berg, Berg, Mühlstraße 25.	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Kapzdorf-Goy	Restauratore. Bier neuen Welt, (Voh. Max Voh.).
Neumarkt	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Restauratore. Wiedler, Gustav, Friedewald.	Groß-Tschansch.
Ströbel-Zobten.	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Gärtner, Gustav, Groß-Lissa.	Klein-Tschansch.
Strehlen.	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Gärtner, Gustav, Groß-Lissa.	Bäckerei. Weigel, Otto, Chausseestraße 1a, Grün-Rabatt.
Neumarkt	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Gärtner, Gustav, Groß-Lissa.	Fleischereien und Wurstfabriken. Gärtner, Gustav, Chausseestraße 188.
Strehlen-Böhlitz-Niem.	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Gärtner, Gustav, Groß-Lissa.	Klein-Tschansch.
Strehlen.	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Gärtner, Gustav, Groß-Lissa.	Klein-Tschansch.
Bunzlau	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Gärtner, Gustav, Groß-Lissa.	Klein-Tschansch.
Bierbrauereien, Bier-Bezugsgeselle. Görlitzer Berg, Berg, Mühlstraße 25.	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Gärtner, Gustav, Groß-Lissa.	Waischowitz
L. B. 4	Gutschdorf. Lindner, Max, Gutschdorf.	Gärtner, Gustav, Groß-Lissa.	Restauratore. Gärtner, Gustav, Waischowitz.

Die Bekämpfung der Tuberkulose.

Das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose hält am Freitag unter starker Beteiligung von Vertretern aus allen Teilen des Reichs im Sitzungssaal des Reichstags seine Generalversammlung ab.

Der Vorsitzende, Staatssekretär des Innern Dr. Delsbrügge begrüßte die Verfaßten und teilte mit, daß infolge der Heilstätten-, Walberholungsstätten usw. die Sterblichkeit an Tuberkulose-Erkrankung in der letzten Zeit wesentlich zurückgegangen sei, bedauerlich sei aber, daß die Kindersterblichkeit an Tuberkulose zum mindesten keinen Rückgang erfahren habe. Es wäre erforderlich, eine besondere Aufmerksamkeit der Kinderfürsorge zuwenden. Es würde sich empfehlen, Kindervollstädte für Tuberkulose zu errichten.

Generalsekreter Oberstabsarzt a. D. Dr. Helm teilte mit, daß die Mitgliederzahl des Deutschen Zentralkomites eine wesentliche Vermehrung erfahren habe. Er müsse ebenfalls das Gedachtnis aussprechen, daß trotz des Rückgangs der Sterblichkeit an Tuberkulose dies bei den Kindern nicht gesagt werden könne. Es sei dringend notwendig, die Frauen, ganz besonders die Mütter, heranzuziehen, um eine bessere Kinderfürsorge in die Wege zu leiten. Umgemeind Schwäbisch sei die an Tuberkulose Erkrankten in Heilstätten unterzubringen, da dadurch zum größten Teil w. Recht der Verlust der Arbeit und damit eine Erwerbslosigkeit befürchtet werde. — Professor Dr. Noppe-Melting sprach hierauf über die

Fürsorge für die aus den Lungenheilstätten Entlassenen.

Den aus den Heilstätten Entlassenen sei eine ganz besondere Fürsorge zuwenden, da die Krankheit oftmals von neuem in Entwicklung trete. In solchen Fällen sei eine nochmögliche Behandlung dringend nötig. Sodann sei es notwendig, den Entlassenen möglichst in ihrem bisherigen Beruf Arbeit zu verschaffen, oder dafür zu sorgen, daß sie ihre verlorenen Arbeitsstellen wieder ausfüllen können. So notwendig es sei, dem Arbeitnehmerdrang Einhalt zu tun, dürfe doch nicht verkannt werden, daß eine große Kindersterblichkeit das Wohnungselend erhöhe, den Lebensunterhalt schädige und dadurch die Erkrankungen an Tuberkulose vermehre, oder wenigstens die Heilung erschwere. Dringend wiederum müsse werden, Entlassene aus den Heilstätten in die afrikanischen Kolonien zu senden; dahin gehörten zu wertlich gefundene und widerstandsfähige Menschen. Dagegen mußte sich die Verwendung von aus den Heilstätten Entlassenen in der inneren Kolonisation mit möglichst leichten Arbeiten im Garten usw.

Magistrat Welsching. Eichwalde bei Berlin pflichtet dem Vorredner bei und wies ganz besonders darauf hin, daß es erforderlich sei, Arbeitsnachweise für Flieglinge zu schaffen, da es vielfach schwer sei, für Flieglinge lohnende Arbeit nach ihrer Entlassung zu erlangen. Ganz besondere Aufmerksamkeit müßte der Wohnungsfürsorge zugewendet werden. Es empfiehlt sich, Wohnungsräume zu errichten und dafür Sorge zu tragen, daß die an Tuberkulose Erkrankten wenigstens beim Schlafen von den Gefundenen isoliert werden.

Es entspann sich hierauf eine sehr lebhafte Debatte, in der von den meisten Rednern die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeitsnachweisen betont und verlangt wurde, daß die Renten möglichst früh eingeholt werden, daß die Renten erst gegeben würden, als sie bereits auf dem Sterbebett sich befanden. — Geh. Regierungsrat Dr. Dittmann Oldenburg empfahl die Errichtung von Genesungsheimen, die in seiner Heimat bereits bestanden und keine allzu großen Kosten verursacht haben.

Staatssekretär Dr. Delsbrügge schloß hierauf die Generalversammlung.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung.

Der Forderung der Arbeiter und ihrer Organisationen, eine soziale oder kommunale Arbeitslosenversicherung einzuführen, ist in letzter Zeit von Schriftmachern und ihrem Anhang oft mit einem Hinweis begegnet worden, daß die Gewerkschaften Mittel genug zur Verfügung hätten, um auf dem Wege der gewerkschaftlichen Selbsthilfe eine ausreichende Unterstützung ihrer Mitglieder durchzuführen zu können. Diesen durch Oberstabilität und Denksaftlichkeit sich auszeichnenden Weisen Rat endlich in eine mathematische Form gebracht zu haben, ist ein Verdienst eines Dr. Jahndt, der in einer soeben erschienenen Schrift: „Ar-

Geschichtsalender.

9. Juni.

1870 † Charles Dickens, englischer Erzähler, auf Gadshill Place.
1884 Grundsteinlegung zum Reichstags-Wallbau.
1910 Kolonial-Staatssekretär Dernburg geht.

Ende aller Welt.

Explosion eines Luftballons.

Gehirne Personen schwer verletzt.

Ein schweres Unglück ereignete sich am Sonntag spät nachmittags in Cézanne (Frankreich), einem kleinen Städtchen in dem Département Marne. Dort sollte aus Anlaß eines größeren Festes gegen 6 Uhr abends ein großes Ballon aufsteigen. Eine große Zuschauermenge hatte sich eingefunden, um das Schauspiel zu bewundern. Der Start ging glatt von statthaften. Kaum aber hatte sich der Ballon 30 Meter in die Luft erhoben, als er aus bisher unaufgklärten Ursachen plötzlich explodierte und die breunende Hülle auf die Zuschauer prasselte. Darauf fiel. Fünfzig Personen wurden verletzt, darunter 25 schwer, von denen viele schwerlich mit dem Leben davonkommen werden. Der Wagen bemächtigte sich einer furchtbaren Panik und nur mit Mühe gelang es, ein größeres Maßnahmen zu verhindern. Hilfe wurde sofort organisiert und die Verwundeten ins Hospital gebracht.

Zu dem Ballonunglück, das sich gestern nachmittag in Cézanne ereignete, werden heute noch folgende Einzelheiten bekannt. In Cézanne war von verschleierten Turnvereinen eine Atems veranstaltet worden. Nachmittags um 4 Uhr sollte der Freiballon „Le Petit Journal“ unter Führung des bekannten Aeronautes Leprince einen Aufstieg unternommen. Das Wetter war äußerst ungünstig, und die Füllung bereitete grobe Schwierigkeiten. Trotz dringenden Warnings seiner Freunde bestand Leprince auf seinem Vorhaben. In dem Augenblick, als Leprince in der Hand das genommen hatte und aufzusetzen

betrügsversicherung und Arbeitgeber“ folgendes Recheneispiel aufstellt:

„Über 730.000 Gewerkschafter zahlen 1913 einen Wochenbeitrag von über 60 Pf., das bedeutet ungefähr 30 Prozent der Mitglieder der freien Gewerkschaften; dazu kommen noch die Jahresbeiträge für besondere lokale Zwecke, allein über 93.000 Mitglieder zahlen an Jahresbeiträgen für lokale Zwecke je 10,10 Mark beinahe 30.000 Mitglieder zahlen für besondere lokale Zwecke über 30 Mark. Wenn ein eben ausgelernter Lehrling mit dem 18. Lebensjahr der Gewerkschaft beitrete, dann ergibt sich für ihn ungefähr, soweit zum Beispiel die Gewerkschaften der graphischen Industrie in Frage kommen, unter Anrechnung von Zusatzzinsen, daß derselbe bis zu seinem 60. Lebensjahr über 5000 Mark in eine Gewerkschaft einzuzahlt. 1912 hatten die freien Gewerkschaften über 80,2 Millionen Mark an Einnahmen zu verzeichnen, also gegenüber dem Jahre 1911 über 10 Millionen Mark mehr. Die Vermögensbestände erhöhten sich vom Jahre 1911 bis 1912 von 62,1 Millionen Mark auf annähernd 80,8 Millionen Mark. Für Streitunterstützungen und Kosten von Lohnbewegungen gaben die freien Gewerkschaften von 1891 bis 1912 121,1 Millionen Mark aus, wozu die Magazinregelungsunterstützung mit 9,1 Millionen Mark zu rechnen ist, also insgesamt 130,3 Millionen Mark ausgegeben. Für die Arbeitslosenunterstützung bezahlten sie für die gleiche Zeit von 1891 bis 1912 jedoch bloß 51,3 Millionen Mark, und für die Arbeitsunterstützung, die eine verdoppelte Streitunterstützung ist, etwa 13,6 Millionen Mark.“

Dieser mildevolle Eindeutung des Herrn Doctor ist nicht ein und eine nützliche Erklärung. Sie ist, wenn sie ist in der Tendenz völlig absurd. Selbst der verbissneute Gegner der Gewerkschaften wird ihnen nicht die allseitige Aufgabe zusprechen wollen, als Arbeitslosen-Unterstützungslohnen gelten zu müssen. Die Gewerkschaften haben mit der Arbeitslosenunterstützung schon eine Pflicht übernommen, die dem Staat und den Kommunen aufkommt. Sie haben für die Opfer der Krisen und der kapitalistischen Wirtschaftspolitik zu sorgen, nicht die Arbeiter selbst, die alle mehr oder minder darunter leiden. Warum sollen die Gewerkschaften übrigens nur für die Arbeitslosen zu sorgen haben? In Fortsetzung der Idee des Dr. Jahndt möchte sie doch gleich den Kommunen ihre gesamten Alimentationen abnehmen! Dann würden die Gewerkschaften wohl auch im Reichsstaate gebüdet und nicht als politische Vereine erklärt?

Stadt und Provinz.

Ausstand der Breslauer Stoffkäthe.

Die Stoffkäthehilfen Breslaus nahmen in der Sonntagnachmittag abgehaltenen Versammlung im Gewerkschaftshaus die Berichterstattung über die stattgefundenen Ausgleichsverhandlungen über einen aufzubessernden Minimal-Lohntarif entgegen. Die Gehilfenkäthe erblieb in den Werkstätten der Zwangs-Zinnung der Holz-, Stein-, Gipsbilschauer und Modelleure des Stadt- und Landkreises Breslau kein Entgegenkommen, da diese die bereits gemachten Zugeständnisse wieder zurückgezogen hat. Nach anschließender Diskussion beschloß man in geheimer Abstimmung mit allen gegen eine Stimme, den allgemeinen Ausstand.

Herrn ruht die Arbeit, der Verband erucht die Kollegen um strengste Solidarität. Besonders dürfen die Breslauer Stoffkäthe nicht die Pucher keine Stoffkäthearbeit verrichten. Zugang ist streng fernzuhalten. Arbeitersfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich und Ausland.

Nationalliberale hege gegen die Gewerkschaften. In der jüngsten Nummer der „Nationalliberalen Korrespondenz für die Rheinprovinz“ wird die Politisch-Erklärung der Gewerkschaften unter heftigen Anfällen gegen den alten Bergarbeiterverband durchaus genehmigt. Die Behörden hätten mit ihren Maßregeln völlig recht; es sei eine große Kühnheit, den politischen Charakter der freien Gewerkschaften zu leugnen:

„Die leitenden Männer sind alle in der Wölle gefürchte Sozialdemokraten und speziell im alten Bergarbeiterverband gibt es auf der ganzen Linie vom Generalfeldmarschall Hermann Sachse bis zum letzten Zahlstellenverwalter keinen einzigen, der nicht zugleich Funktionen in der sozialdemokratischen Parteiorganisation hat. Daß die etwa 2½ Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften nicht alle zahlende Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, beweist nichts gegen die Tatsache, daß bei jeder Gelegenheit für die Partei zur politischen Machtverteilung der große Verbandsbeamtenapparat,

Explosion, daß etwa hundert Personen zu Boden geschleudert wurden. Der Ballon erhob sich bis zu zehn Meter Höhe, verwandelte sich dann in eine Flamme aus und stürzte auf die Köpfe der Zuschauer. Der unglückliche Ballonflüchter wurde am ganzen Körper furchtbar verbrannt unter den Trümmern hervorgezogen. Sein Zustand gilt als hoffnungslos. Eine große Anzahl Zuschauer erlitt mehr oder minder schwere Verletzungen. 23 von ihnen wurden ins Hospital geschafft. Man hofft die Befürchtung, daß eine ganze Anzahl von ihnen ihren Verletzungen erlegen wird.

Verhaftung des Kirchturmsturz.

8 Personen tot, 17 verletzt.

Der Revolverkampf in der ungarischen Ortschaft Großhöflein hat endlich sein Ende erreicht. In den ersten Nachmittagsstunden des Sonnabend schrie der Revolversturm Tomic vom Turm den Gendarmen zu: „Ich habe Hunger, bringt mir den Pfarrer, ich muß mit ihm reden!“ Der Pfarrer wurde nun unter großen Vorichtsmäßigkeiten in ein Haus geleitet, das neben der Kirche liegt, und von wo aus er mit Tomic sprechen konnte, ohne dessen Schüsse ausgesetzt zu sein. Der Pfarrer redete Tomic lehrreich zu, die Kirche zu verlassen, aber Tomic lehnte es ab, sich zu ergeben. Auch der Ortsnotar, der hinzukam, und Tomic eifrig zu sprach, rührte nichts aus. Nun versuchte der Untersuchungsrichter, Tomic beizusammen, indem er ihm nahelegte, es werde ein mildender Umstand bei seiner Aburteilung sein, wenn er sich freiwillig stelle. Endlich rief Tomic, der offenbar Angst hatte, von der Bevölkerung gelöst zu werden: „Wenn Ihr mich nichts tut, so will ich mich ergeben.“ Dann wußte er beide Revolver, die er mit sich genommen hatte, aus dem Fenster auf die Erde. Jetzt drangen Gendarmen in den Turm. Sie nahmen Tomic, der sich nicht weiter wehrte, fest und legten ihn sofort in Fessel. Sein Gesicht war ganz von Pulverdust geschwärzt und er, rief fortwährend, er sei unschuldig. Er wurde dann ins Gerichtsgebäude gebracht

sowie die Verbandspreise zur politischen Agitationswaffe greift und kämpft gegen die bürgerlichen Parteien unter die Mitglieder geht. Kann man unter solchen Umständen noch von unpolitischen Gewerkschaften sprechen?“

Es ist charakteristisch für die Entwicklung innerhalb der nationalliberalen Partei, daß ein Organ, das sich bisher stets gegen die Richtung Führmann und Beimler wandte, nun auch schon in den Ton liberaler Schriftsteller verfällt.

Mattenkündigung von Arbeitern. Wie schon im Mai, so werden auch jetzt wieder in der rheinisch-westfälischen Großindustrie umfangreiche Kündigungen auf den rheinischen Stahlwerken in Bochum vorgenommen. Bisher sind die Entlassungen hauptsächlich in den Unterhaltsbetrieben vorgenommen worden. Jetzt haben am 2. Juni 116 Walzwerke und Abjustierungsarbeiter die Kündigungsschritte ausgetragen. Am 16. Juni ab arbeiten in den geplanten Walzwerken nur noch zwei Arbeiterkolonnen. Wie es heißt, sollen genügend Aufträge vorhanden sein. Aber wegen der niedrigen Preise sind die reinen Werke gegenüber den gemischten Werken nicht konkurrenzfähig.

Die Apothekergerüchte streiken in Budapest. Das Streitkomitee hat den Antrag auf eine Kündigung angekündigt; jedoch haben die Streitenden in jedem Stadtbezirk eine Apotheke freigegeben. Ihre Hauptförderungen sind Gehaltserhöhung und Einführung des Alkoholverbotes in Budapest. Der Minister des Innern hat erklärt, daß er bei der Apothekerkammer für eine Schlichtung der Zwistigkeiten eintreten werde, falls die Apotheker gegen einen Streit vereinigt.

Abgelehnter Vorschlag. 1000 organisierte Käthen- und Kosmetikmacher in Berlin und Umgegend lehnen den Tarifentwurf der Arbeitgeber, der 15 bis 20 Prozent Verhölderungen aufweist und am 15. Juni in Kraft treten sollte, entweder ab und beauftragen die Tarifkommission, nur auf der Grundlage des bisherigen Tarifs in Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten und Verbesserungen durchzusetzen.

Jugendbewegung.

Eine sozialdemokratische „Herausforderung“. In Mitteleuropa wendet sich die Arbeiterjugend mit einem Antrag an den Schulvorstand, ihr die Benutzung der der Gemeinde gehörenden Turnhalle und des Gemeindepielplatzes zu gestatten. Das Antwort war ablehnend; ihr Vorstand läßt aber so weitreichende Schlüsse auf die Abschaffungen ihrer Vorfahrer zu, daß sie hier wiedergegeben sei:

„Auf Ihren hier am 16. d. Ms. eingegangenen Antrag auf Überlassung der Turnhalle und des Spielplatzes zur Nutzung der Leiter der „Arbeiter-Jugend“ hat der Schulvorstand in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, diesen Antrag abzulehnen, weil es bei der öffentlichen bekanntesten heiteren Haltung der „Arbeiter-Jugend“ als eine sozialdemokratische Herausforderung angesehen werden muß.“

Der Verbandsvorsteher schreibt:

Wenn Arbeiter ihr Recht verlangen, dann ist das eine sozialdemokratische Herausforderung; aber wir können sie selbstverständlich zu erfüllen. Noch ist keiner unserer Begleiter auf die Idee verfallen, sozialdemokratische Steuererlöse zurückzuziehen oder Sozialdemokraten vom Militärdienst auszuschließen. Die Antwort des Schulvorstandes ist empörend und aufregend, ja, sie ist eine Herausforderung der Arbeiterjugend, die daraus lernen muß, daß sie in ihrem Kampf gegen die herrschenden Kreise nicht nachlassen darf.“

Prämien für Jugendtag. In Düsseldorf herrscht gegenwärtig großer Misstrauen in den Kreisen der Fortbildungsschullehrer, weil Stadtvorstand und liberale Stadtverordnetenmeinheit den Lehrern einiger Kollegen als Aussichtsorgane auf die Rolle gezeigt. Früher war die Schulleitung mehr eine kollegial. Dem Pastor der Fortbildungsschullehrer hat sich auch der Düsseldorfer Villenverein angegeschlossen. In dem Inhalt dieses ersten in der bürgerlichen Breite veröffentlichten Protestes erfährt nun die Öffentlichkeit auch, wie man in Düsseldorf Jugendpfleger für die nationale Jugendbewegung zu pressen sucht. Die Protestresolution der Lehrer besagt darüber:

„Mit Entschiedenheit wendet sich der A. L. V. ferner gegen die Anordnung des Kuratoriums der gewerblichen Fortbildungsschule, daß in Zukunft bezahlte Nebenstunden nur an solche Fortbildungsschullehrer abgegeben werden sollen, die sich auch in der

zu verschäzen, und ein Gewehrfeuer auf die Bewohner und die Gardinen zu eröffnen, erzählte er, er habe einmal eine ähnliche Geschichte in einem Buche gelesen und habe jetzt etwas Ähnliches ausführen wollen. Den Eindruck eines Gesteskranzes macht Tomic nicht. Die Bevölkerung Großhöfleins, die zwei Tage in Angst und Schrecken verlebt hat, wogte sich erst nach der Festnahme des Verbrechers aus ihren Häusern. Er hat im ganzen drei Personen getötet, vier schwer und dreizehn leicht verletzt. Außerdem hat er zwei Hunde und zwei Schweine erschossen.“

Gehinkene Dampfer.

Der Dampfer „Corinthian“, der Sonnabend von Kanada auf der Themse ankam, stieß bei Greenwich mit dem Dampfer „Oriole“ zusammen, der mittschiffs getroffen wurde, sich auf die Seite legt und zehn Minuten nach dem Zusammenstoß in den Fluten versank. Die Passagiere konnten mit knapper Not gerettet werden. Von der Mannschaft stiegen 17 ins Wasser und wurden durch Schlepper aufgegriffen. Der Dampfer „Corinthian“ ist anschließend nicht beschädigt.

2613 Mark Nettogewinn pro Arbeiter!

Die Köln-Röntgen-Pulverfabriken verdielen im letzten Jahre 4,5 Millionen Mark, nach Abzug der auf 1,6 Millionen Mark bemessenen Abschreibungen. Als Dividende werden aber nur 8,3 Millionen verteilt, 260.701 Mark kommt dem Rücksichtsrat. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamten betrug 2316. Mindestens entfallen auf den Kopf.

2613 Mark Gewinn.

1426 Mark Dividenden.

112 Mark Rücksichtsrat.

Die Dividende ist größer als die Summe der geschätzten Brüder: Harmonie der Interessen.

Ein Arbeiter meistertend ausgeholten.

Im preußischen Ort Blumenthal (im Regierungsbezirk) existiert ein christliches „Gemeinschaftsamt“ in dem folgende

Jugendpflege betätigen, da diese Bestimmung der Jugendpflege den Charakter der Freiwilligkeit und damit die erste Voraussetzung gebedeckten Erfolges nimmt. Er ist der festen Überzeugung, daß diese Versicherung durch den Herrn Oberbürgermeister rechtmäßig gemacht werden wird, umso mehr da sie in seiner Weise den Abschauungen des Herrn Ministers und sonstiger leitender Stellen entspricht.

Aus diesem Protest ergibt sich also, daß den Lehrern, welche die „Jugendpflege“-Tätigkeiten mit ihrer Überzeugung nicht vereinbaren können, der Brotsack höher gehängt wird, indem ihnen die bezahlten Überstunden entzogen werden. Wie traurig muß es um eine „Jugendpflege“ bestellt sein, die mit solchen Mitteln sich durchsetzen muß.

Frauenbewegung.

Die gewerkschaftliche Organisation ein Unglück? Die „Evangelische Frauenzeitung“, Organ des Deutsch-evangelischen Frauenbundes, ist in großer Sorge und Angst. Sie fürchtet, daß die gewerkschaftliche Organisation der Dienstboten weitere Fortschritte machen werde. Die Sozialdemokratie soll helfen die freien Gewerkschaften — habe in verhältnismäßig kurzer Zeit über 5000 Dienstboten organisiert und die christlichen Gewerkschaften haben sich vorbehalten, überall da zu organisieren, wo die Hausfrauen unterlassen es zu tun. Das Schlimme sei nun, daß sowohl die freien wie die christlichen Gewerkschaften die Mädchen gewerkschaftlich organisieren und man müsse wissen, daß „die gewerkschaftliche Organisation der Dienstboten ein Unglück bedeuten würde für das Familienleben und somit für unser gutes Volk.“ ... Die gewerkschaftliche Organisation strebt danach, die Lage der Dienenden möglichst zu verbessern, ohne irgend welche Rücksicht darauf zu nehmen, ob der Arbeitgeber, d. h. hier die Familie darunter leidet oder nicht.

Das Blättchen sieht den Zehnstundentag, festbestimmten Stundenlohn, bezahlte Überstunden und — o Grauen — den Streik in nächste Nähe gerückt und fordert zur schleunigen Gründung von Hausfrauen- und Dienstbotenvereinen auf, in denen selbstverständlich die Hausfrauen die Führung haben werden. Es schließt mit dem Rufe: „Man muß wissen, daß es eine brennende Pflicht aller Ortsgruppen des deutsch-evangelischen Frauenbundes ist, die Organisation aufzunehmen, um unter Familien- und Volksleben zu bewahren vor der gewerkschaftlichen Organisation der Dienstboten.“

Leider sind die Dienstbotengewerkschaften noch nicht so weit, wie die „Evangelische Frauenzeitung“ fürchtet, aber es ist dringend notwendig, an ihrer Entwicklung zu arbeiten, damit sie stark genug werden, die Interessen der Hausangestellten gegenüber den vereinigten Arbeitgeberinnen mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten.

Akkord und Frauenwahlrecht. Die Teilnahme der Frauen an den Wahlen in Illinois (Bundesstaat von Amerika) hat zur Folge gehabt, daß 22 Großstädte das Alkoholverkaufsverbot einführten. Aus den Abstimmungszahlen einiger Städte, die die Zeitschrift „Woman's Journal“ veröffentlicht, steht ganz deutlich hervor, daß die „trocken“ Bezirke hauptsächlich den Frauenstimmen zu verdanken sind. Nicht als ob alle Frauen für das Alkoholverbot gestimmt hätten, aber die Frauenmajestäten waren so groß, daß hier und da sogar eine Mehrheit der Männer gegen das Alkoholverbot dadurch aufgehoben wurde.

Gleichzeitig sind die engen Beziehungen, die zwischen Alkoholkapital und Antistimmberechtigung bestehen, immer häufiger nachzuweisen. Es ist ja auch nur zu begreiflich, daß die Besitzer von Alkoholausschankstübchen die Frauenbewegung gegen ihr Wahlrecht nach Kräften unterstützen. Sie sehen ihren Feind vor sich, die Erfahrung lehrt sie stets aus neuer, daß die politisch gleichberechtigte Frau ihr größter Feind ist. Unverständlich bleibt nur, daß die Männer in der Antistimmberechtigung solche Bundesgenossen annehmen. Die einzige Erklärung für diese Tatsache ist darin zu suchen, daß die Antistimmberechtigung ohne die Gelder der Alkoholinteressen arbeitsfähig würde und zu voller Bedeutungslosigkeit herabsinken würde.

Schlesien und Posen.

Parteitag für die Provinz Posen.

Am Sonntag trat in Posen im Restaurant „Schweizerthal“ der diesjährige Parteitag für die Provinz Posen zusammen, der vom Genossen Stöbel-Bromberg eröffnet wurde. Genossen Hodek-Posen hielt im Auftrage der Posener Organisation die Hände auf das Herzstück in den Mauern der österr. Metropole, die eine Hoedburg der polnischen und habsburgischen Bewegung ist, willkommen. Mit der Leitung der Verhandlungen wurden beauftragt die Genossen Stöbel-Bromberg und Hodek-Posen als Vorsitzende, Cerminski-Bromberg und Berthold-Posen als Schriftführer. Anteilnehmend noch dem Berichte der Mandatsprüfungskommission 3 Delegierten aus 13 Ortsvereinen, darunter 1 Genossin. Ferner sind an-

ist nach der Arbeitsleistung zu zahlen. Reflektanten wollen sich sofort Rathaus, Zimmer Nr. 2, melden.

In Deutschland ist nach einem bekannten Ausspruch für den Arbeiter bis ins hohe Alter gesorgt: er wird unter Umständen schließlich meistbietend versteigert.

Ein Kulturdokument.

Die „Sächsische Schulzeitung“ berichtet aus einem sächsischen Ort: Ein Lehrer in A. erhielt folgendes mit der Ortsstempelmarke zugeschriebenes Schreiben:

Herr A. ... in A.
wird hiermit erachtet, den Schulkindern mit bekannt zu geben, daß Mittwoch d. 18. II. Nachmittags 1/2 Uhr bei Herrn A. St. in C. eine Kuh auf Freibank vespundet wird. à Pfund 45 Pfennige.

Hochachtungsvoll

M. Gem.-Vorstand,
Der Gemeinde-Vorstand ist also der Ansicht, daß die Eltern der Schul Kinder die Gelegenheit benutzen würden, kindermässiges Freizeitmaß zu lassen. — Die Grenzen bleiben aber gegen Viehtrieb gehalten.

Neue Erdbeute am Panamakanal. Schwere Regengüsse haben im Anschluß an die furchtbaren Erdbeben schwere Erdbeute am Panamakanal, namentlich bei Culebra, zur Folge gebracht. An verschiedenen Stellen sind über eine Million Kubometer Erde in das Bett des Kanals gerutscht. Sechs Dächer arbeiten Tag und Nacht, um, wenn möglich, den Kanal für die Schifffahrt bis zum 1. Juli freizubekommen.

Blutiges Drama am Bord eines Schiffes. An Bord des im Hafen von Lütticher (Frankreich) ankernden Seglers „Maria Theresa“ hat sich ein blutiges Drama abgespielt. Zwischen einem Bootsmann und einem Matrosen entstand ein Streit, wobei der Matrose zum Revolver griff und auf seinen Gegner zeigte, ohne ihn jedoch zu treffen. Der Bootsmann bewaffnete sich nun mit einem Dolche und machte sich an die Verfolgung seines Angreifers. Auf der Schiffbrücke entstand ein Handgemenge, in dessen Verlauf der Bootsmann, von vier Revolvergeschüßen tödlich getroffen zu Boden sank. Der Matrose sprang in das Wasser und schwamm lange Zeit hindurch bis er endlich von einer Fairewille aufgesucht wurde. Der Bootsmann ist während seiner Verfolgung erlegen, aber auch sein Angreifer liegt lebensgefährlich erkrankt und verzagt vorher.

Im Anschluß der Bezirksvorstand, Genossen Wengels-Berlin vom Bezirksvorstand, vier Reichstagsabgeordnete, je ein Vertreter der Expedition und Redaktion der „Volkswacht“ und Genossen Schöni, ich vom Agitationssatzkreis Breslau. Den Verhandlungen wohnten eine Menge Posener Genossen als Gäste bei.

Dem Gedruckt vorliegenden Geschäftsbuch, der in der „Volkswacht“ schon eingehend gewidmet worden ist, ergänzte mündlich der Bezirksvorstand Stöbel-Bromberg in eingehender Weise. Er hob dabei namentlich den großen Unterschied zwischen den in der Provinz Posen vorhandenen gewerkschaftlichen und politisch organisierten Arbeitsmärkten hervor, der sehr zu Gunsten der politischen Partei neigt. Die Ursachen hierin liegen in der nationalistischen Verhetzung der zweisprachigen Bevölkerungsschichten, nicht zuletzt aber auch an den Gewerkschaftsführern. Über auch die Genossen selbst hätten vielfach nicht die auf sie gestellten Hoffnungen in der Gewinnung neuer Mitglieder erfüllt. Genossen Hartwig schloß seinen befähigten Aufgabenbericht mit der Bemerkung, daß jeder einzelne seine Pflicht tun möge, um die Bewegung, wenn auch nur schriftweise, vorwärts zu bringen.

Eine Aussprache über den Bericht stand nicht statt und darüber brachten die Delegierten zum Ausdruck, daß sie mit der geleisteten Arbeit des Bezirksvorstandes und der Führung der Bewegung durch diesen einverstanden sind.

Den Bericht der Kontrollkommission erstattete Rothert-Natowski, der hervorheben konnte, daß keinerlei Beschwerden gegen die Bezirkstafel eingingen sind.

Hierauf wurde nach lobhafter Aussprache, in der von allen Medien die Notwendigkeit der Schaffung eines eigenen Agitationsorgans verhängt wurde, folgender Antrag Bromberg-Posen einstimmig angenommen:

„Zur systematischen Ausstattung und Erziehung der Genossen und unserer Anhängerin in der Provinz Posen ist ein Agitationsergan zu schaffen, das mindestens monatlich zweimal erscheint und gratis zur Verbreitung kommt.“

Der Bezirksvorstand soll sich mit den in Frage kommenden Instanzen deshalb in Verbindung setzen.

Nach der Mittagspause hielt Genossen Stöbel-Bromberg ein großzügiges Referat über „Die politische Situation“, in das sich eine kurze Aussprache über soziale Fragen gegenüber den inneren Schlosserwerbenden Verfolgungen der Arbeiterschaft schloß.

Dann wurde nach langer Debatte ein Antrag von den Ortsvereinen Posen, Katowitz und Obersiekiwo angenommen, der die Überarbeitung des Parteisekretärs von Bromberg nach Posen fordert.

Angekündigten wurden einige Änderungen im Organisationsstatut, die in Zukunft fünf anstatt allen Kreisvereinen das Recht geben, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen; daß der Provinzial-Parteitag alle zwei Jahre stattfindet, und daß Anträge zum Parteitag bis zwei Wochen vor Stiftsfinden des Provinzial-Parteitages eingereicht werden können. Die übrigen Änderungen sind redaktioneller Natur.

Ferner wurde angenommen ein Antrag, im September eine umfassende Aktion für die „Volkswacht“ in der ganzen Provinz Posen zu veranstalten, ein weiterer Antrag, der die baldige Herausgabe einer polnischen Monatsrevue, in der die laufenden Streit- und Zeitfragen in gemeinsamer Weise behandelt werden sollen, wird dem Bezirksvorstand überwiesen.

Als Gegenstück der Kontrollkommission wurde Posen bestimmt und zum Vorsitzenden derselben Genossen Markuszewski gewählt.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende, Genossen Stöbel, dankte den örtlichen Genossen für die Aufnahme und Aussammlung des Votums und gab dann einen kurzen Überblick über die geplante Verhandlungen. Er konnte dabei hervorheben, daß die Beziehungen in der Provinz Posen jetzt stabil zu werden beginnen, und daß trotz der schweren wirtschaftlichen Krise von einem eigentlichen Rückgang in der Parteibewegung nicht geredet werden kann. Mit der Mahnung an alle Delegierten, in ihren Heimatorten das Gehörte nutzbringend anzutinden und eifrig für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen zu wirken, wurde der Parteitag nach Absingung des ersten Verses der Arbeiter-Marschallade geschlossen.

Eisenbahnenprojekte.

Aus Schweden schreibt man der „Schlesischen Zeitung“: In diesen und Waldburger Interessentreffen werden zurzeit zwei neue Eisenbahnen projekte sehr lebhaft erwogen, die sich mit einer Verbindung der Breslau-Schwedisch-Waldburg-Verbindungen einerseits und der Gleis-Waldburg-Liegnitz-Königsberg-Verbindungen andererseits beschäftigen. Was die letzte Linie angeht, so steht heute für den umfangreichen Personen- und Güterverkehr zwischen Gleis und Liegnitz, auf dessen Weg auch das bedeutende Waldburger Kohlen- und Industriereich liegt, nur die Strecke über Bitterbach-Königsberg-Striegau zur Verfügung. Der Umweg über Königsberg-Striegau aber könnte nach Ansicht der Waldburger Interessenten, denen die Handelsstämme in Schweidnitz zur Seite steht, durch die Anlage einer neuen Strecke erspart werden.

Den, die sich von Bad Salzbrunn abweigt und dann Quolsdorf und Hohenfriedberg nach Schönstadt führt, würde sie in die Bahn nach Jauer einmünden, und so auf direktem Wege über Jauer die erste Umlenkung nach Böhmen verhindern. Diese Linienführung würde nach Norden die Bindung mit Görlitz und den Ostseebahnen erleichtern, wenn jenseits Görlitz Wien dem mittelschlesischen Distrikts gelingt wäre.

Das zweite Projekt zielt auf eine Umgehung des Schlesischen Beckens hin, und zwar wird die Führung einer Bahn von Schwedt über die Bahn nach Böhlen erfordert. Von hier soll sie die Bahn nach Liegnitz gehen, wo die Breslau-Görlitzer Strecke reicht wird. Um aber auch den Umweg über Bitterbach-Görlitz zu vermeiden, könnte eine etwa acht Kilometer lange Strecke Bad Salzbrunn-Gartmannsdorf (vor Neustadt) in Betracht. Diese Strecke würde zwar für den Personenverkehr Leubnitz nicht verhinderen, aber dafür eine kaum noch zu steuernde Schnelligkeit der Verbindungen zwischen Görlitz und Breslau.

Wriez, 8. Juni. Die Arbeiten am Unterlauf werden bald ihr Ende finden. Der zwischen der Schleuse der Schlechthofseite liegende nördliche Dammland wird gegenwärtig unbehauene Granitsteine belegt. Im Kanal selbst wird noch vor der Entfernung des letzten Erdblocks gearbeitet. Die Erdarbeiten (Sand) werden durch einen Dumper in Nähe gebracht und aus diesem Spülvorrichtung in dieses Uferlande befördert. Bis kurz vor die Tiefe an der Falchischen Dachapparatur auf die Weise ausgefüllt werden; gegenwärtig wird der Saubermühlgraben mit einem Spülger in die Garbendorfer Strecke gebracht. Die Umgebung der Schleusenmeisterei ist von Baumaterialien jetzt befreit, von neuem eingeebnet und häufig bepflanzt worden. Gegenwärtig wird an der Aufstellung eines Barnes gearbeitet. Ganz Schleusenanlage wird nach ihrer Fertigstellung nicht nur nützliches Hilfsmittel der Oberschiffahrt sein, sondern in ihrer netzartigen Ausführung auch dem Fluge ein wohltuendes Werk bringen.

Waldburg, 8. Juni. Wieder zwei Opfer bei Grube. In der 10. Abteilung des Hermannschafts verunglückte der Hauer Meinhold Kost dadurch, daß er während seines Gangs über ihn hereinfuhr. Kost war sofort tot. Der Verunglückte stammte aus Neustadt, ist verheiratet und hinterläßt eine Witwe und erwachsene Kinder.

Auf dem Milchjöchle verunglückte der Hauer Jäschke durch Verschlüppen zu Tode. Jäschke ist Mitte dreißiger Jahre und hinterläßt Frau und sieben unabhängige Kinder. Antreibereit und die Jagd nach Kohle wird auch hier wie überall die Ursache des Unglücks sein.

Hirschberg, 8. Juni. Neuer Schneefall. Auf dem Schneefeld hat es am Freitag Abend und in der folgenden Nacht wieder gegeben, so daß Sonnabend morgen 8—10 cm Neuschnee am Berg lagen, der dann im Laufe des Tages wieder zum Teil verschwand. Auf dem Kamme ist die Neuschneedecke geringer. Die Temperatur hält sich auf dem Gefrierpunkt.

Görlitz, 8. Juni. Erbohrung eines gewaltigen Braunkohlenfeldes. Im Anschluß an die leite Stadtverordnetenversammlung mache Stadtältester Geh. Kommerzienrat Meissner die Aufsehen erregende Mitteilung, daß durch Bohrungen in der Görlitzer Heide ein gewaltiges Braunkohlenfeld erschlossen worden ist. Das Feld hat eine durchschnittliche Mächtigkeit von 7 Metern und nach verschiedenen Berechnungen einen Inhalt abbaufähiger Kohle von 30 Millionen Hektoliter! Der Abbau wird umso rentabler sein, da er dem Eisbau gegenüber wesentlich billiger Tagebau erfolgen kann. Die Stadtverordneten begrüßten diese Mitteilung mit großem Jubel. Das Gebiet, in dem das Feld erschlossen wurde, ist städtischer Besitz, ebenso wie das ganze Braunkohlenwerk Grube „Stadt Görlitz“, dessen Inhalt von 13 Millionen Hektolitern nach 5—6 Jahren vollständig erschöpft wäre. Es ist zu leugnen, daß diese Entdeckung für den Staat der Städte Görlitz von großer Bedeutung sein wird.

Glogau, 8. Juni. Öffentliche Volksversammlung Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr, findet bei Schreyer ein öffentliche Versammlung statt. Rednerin ist die Genossin Lippmann aus Breslau, die über das Thema: „Die Frau im Kampf um Recht und Brot“ sprechen wird. Wir machen alle Arbeiter und Arbeitersfrauen auf diese Versammlung aufmerksam und ersuchen für einen guten Besuch zu sorgen.

In den ersten Tagen dieser Woche findet die beschlossene Haussaktion statt. Genossen und Genossinnen! Überlassen die Arbeit nicht allein dem Vorstande, sondern helft alle mit damit wir am Schlüsse dieser Woche einen großen Fortschritt zu verzeichnen haben, größer noch, als ihn die rote Woche gebracht hat. Der Beweis ist erbracht, daß es bei etwas gutem Willen möglich ist, vorwärts zu kommen. Also auf zur Arbeit! „Jede ein neues Mitglied und einen Volksvertreter“ lautet auch diesmal die Parole. Wenn alle helfen, wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

für Volksgegenstrebungen angeordnet worden ist. Es geht darum heraus, daß der Krankheitszustand und die Sterblichkeit namentlich unter den Kindern zweifellos im Zusammenhang mit den Fliegen steht. Insbesondere scheint die Ansteckung mit Darmkrankheiten, die gerade für Säuglinge so oft zur Lebensgefahr werden, von der Tätigkeit der Fliegen wesentlich gefördert zu werden. Das hat sich durch den Vergleich zweier Stadtbezirke ergeben, deren Bewohner sonst unter genau den gleichen Verhältnissen leben, aber in einem Falle stark unter Fliegen zu leiden hatten, während im anderen die Infestationen ferngehalten wurden oder aus anderen Gründen in geringer Zahl auftraten. — Die Fliegenbefämpfung ist also eine hygienische Pflicht. Nur sollte man bedacht sein, daß sie recht schnell sterben. Sie verbrennen zu lassen, wie es vielfach geschieht, ist ein Zeichen von Gedankenlosigkeit oder Grausamkeit.

Literatur.

Bilder von Bebel. Die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs hat, wie wir schon mitteilten, eines der beiden Gemälde, die der Maler Georg Tannier in Danzig von unserem Genossen August Bebel zu dessen Lebenszeiten geschaffen hat, erworben. Das ältere Gemälde wurde belästiglich von der Buchhandlung Vorwärts angefaßt und in verschieden Reproduktionen verbreitet; das von der Hamburger Organisation erworbene Porträt ist nur von unserer Hamburger Parteidruckerei Vier & Co. (Hamburg 88, Fehlandstraße 11) ebenfalls vervielfältigt worden. Die sehr gelungenen Reproduktionen im Vierfarbendruck kosten pro Exemplar 1 Mark. Den Parteidruckereien werden diese Bebelbilder zum Vorzugspreise von 70 Pf. pro Exemplar bei Partiebegruß abgegeben. Bestellungen sind an W. Wiesner, Hamburg 88, Große Theaterstraße 44, zu richten.

Im Interesse unserer Freizeit wird uns soeben mitgeteilt, daß die auch von uns sehr lobend besprochenen, siebenfarbigen großen Künstlerzeichnungen „Heimatbilder deutscher Kunst“ (42 mal 80 Centimeter) nur noch bis zum 30. Juni d. J. 1,80 Mark kosten. Ab 1. Juli erhöht sich der Preis auf 2,00 Mark. Wenn auch der neue Preis noch um genau 50 Prozent höher dem für gleich gute Ergebnisse anderen Ursprungs verläuft, so werden doch gewisse viele unserer Leser die rücksicht eines besonders günstigen Ankaufslegenheit gern wahrnehmen, um sich und anderen diese wundervollen Heimatbilder zu beschaffen. Siede